



„Regionalbündnis Windvernunft“: Michael Wilmes (v. l.), Christiane Brinkmann, Michael Wessel, Heinrich Brinkmann, Hubert Halsband, Hans-Hermann Juergens, Jürgen Baur, Josef Gehlert, Franz Lunatschek, Jörg Vogt, Ulrich Bentler, Rainer Wille, Michael Biermann. Die Bürgerinitiative „Lärmstopp Eggevorland“ aus Bad Lippspringe, Neuenbeken und Benhausen rückt die Planungen von neuen Windparks zwischen den genannten Orten (Plakat mit Fotomontage) in den Fokus der Öffentlichkeit.

Schulterschluss der Windkraftinitiativen

Plädoyer für „vernünftige und rücksichtsvolle Nutzung“

■ **Paderborn. Sprecher und Aktive von Windinitiativen haben sich zu einem „Regionalbündnis Windvernunft“ zusammen geschlossen.**

Es besteht aus Initiativen in Dahl (Dahler Wind-Initiative), Lichtenau (Orts nahe Windräder), Bad Lippspringe, Neuenbeken und Benhausen (Lärmstopp Eggevorland), Alfen (Gegenwind Alfen) und Tudorf (Windkraft Tudorf).

Das „Regionalbündnis Windvernunft“ will nach eigenen Angaben die Kompetenzen und Kräfte der verschiedenen Bürgerinitiativen bündeln, um sich geschlossen und entschlossen in die kommunalen und regionalen Planungen zum weiteren Ausbau der Windenergienutzung im Interesse der Bürger einzumischen. Das RBW greife die leitende Idee der „Energiewende“ auf, die Lebensqualität der Bevölkerung

durch eine vernünftige und rücksichtsvolle Nutzung der Windenergie zu erhalten und zu verbessern sowie die gewachsenen Natur- und Kulturlandschaften zu schützen, heißt es in einer Pressemitteilung.

Die Sprecher der verschiedenen Bürgerinitiativen konnten sich im Zuge der RBW-Gründungssitzung in Neuenbeken schnell auf gemeinsame Ziele einigen: Das RBW setzt sich nachdrücklich und beharr-

lich für eine durchdachte und weitsichtige, eine menschen- und sozialverträgliche, eine kultur- und naturschützende Windenergienutzung ein. Es besteht auf konsequenter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunalen Planungsvorhaben und Entscheidungsprozesse. Es fordert sorgfältige Standortanalysen und Standortprüfungen beim Ausweis von Windvorrangzonen. Es mahnt bei den Kreisverwaltun-

gen an, sich verstärkt für eine Koordination kommunaler Planungen einzusetzen, um eine leichtfertige Verlagerung von Windindustrialiegebieten in Vororte und an die Außengrenzen der Gemeinden (zu Lasten der Nachbarkommunen) vorzubeugen. Und: Das RBW will Ungereimtheiten, Widersprüche und Fehlentwicklungen der Windindustrialisierung auch auf „höherer“ politischer Ebene anzeigen und monieren.